



"Geschichtslüge" im Wahlkampf

DDR-Bürgerrechtler stellen sich gegen AfD

Stand: 20.08.2019 15:15 Uhr

Zahlreiche Bürgerrechtler der Wendezeit haben der AfD eine Verharmlosung der SED-Diktatur und eine "Geschichtslüge" vorgeworfen. Für die "Demagogen der AfD" sei man 1989 nicht auf die Straße gegangen.

In einem Offenen Brief haben sich zahlreiche ehemalige DDR-Oppositionelle und prominente Akteure der Wende von 1989 gegen den Wahlkampf der AfD gestellt.

Mit Parolen wie "Vollende die Wende" werde unterstellt, die friedliche Revolution von 1989 sei nicht erfolgreich gewesen. Zugleich behaupte die AfD, in Deutschland herrschten heute ähnliche Verhältnisse wie in der DDR, hieß es in der Erklärung. Gegen derartige Gleichsetzungen verwahrten sich die an "Geschehnissen aktiv beteiligte Bürger und Bürgerinnen".

Damit verbreite die Partei eine "Geschichtslüge". "Die DDR war eine kommunistische Diktatur, und die Bundesrepublik ist eine freiheitliche Demokratie", heißt es. Wer diese Unterschiede nicht anerkenne, verharmlose die SED-Diktatur: "Deutschland braucht keine Revolution 2.0, wir werden nicht unterdrückt, wie es die Staatssicherheit im Auftrag der SED praktizierte."

"Demokratie ist anstrengend"

Weiter heißt es:

> "Für die Demagogen der AfD sind wir 1989 nicht auf die Straße gegangen. Wir haben ein Land, in dem noch viel zu änd
> und zu verbessern ist. Das ist in der Demokratie immer so. Demokratie ist anstrengend, weil viele Interessen um den b
> Weg gemeinsam ringen."

Um die Gesellschaft zu verbessern, brauche es "keine Spalterpartei wie die AfD". Spaltung habe es in Deutschland lange genug gegeben.



Historische
Vergleiche

Leben wir in einer "DDR 2.0"?

"Es fühlt sich schon wieder so an wie 1989" - meint beispielsweise AfD-Spitzenpolitiker Höcke. | mehr

Historiker, Politiker, Kulturschaffende ...

Mehr als 110 Menschen haben "Nicht mit uns: Gegen den Missbrauch der Friedlichen Revolution 1989 im Wahlkampf" unterschrieben. Erstunterzeichner sind unter anderem die frühere Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Marianne Birthler, der Historiker Ilko-Sascha Kowalczuk, der Grünen-Politiker Werner Schulz, der Bürgerrechtler Gerd Poppe, die Regisseurin Freya Klier, Frank Ebert von der Robert-Havemann-Gesellschaft und Uwe Schwabe vom Archiv Bürgerbewegung Leipzig.

Auch der Theologe Richard Schröder, der Schauspieler Jan Josef Liefers, der frühere Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, der Schriftsteller Marko Martin, der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, der Vorstandsvorsitzende der Bundesstiftung Aufarbeitung, Rainer Eppelmann, und die frühere Berliner Pröpstin Friederike von Kirchbach haben sich angeschlossen.



Landtagswahlen in Ostdeutschland

Wie die AfD sich die Wende aneignet

Um in Ostdeutschland Stimmen zu sammeln, vergleicht die AfD die Bundesrepublik immer öfter mit der DDR. | mehr

Über dieses Thema berichtete Deutschlandfunk am 20. August 2019 um 14:00 Uhr.

Historische Vergleiche: Leben wir in einer "DDR 2.0"?
Offene Erklärung: Gegen den Missbrauch der Friedlichen Revolution 1989 im Wahlkampf | havemann-gesellschaft.de
Nachrichtenatlas | Deutschland | Berlin



Dieser Artikel wurde ausgedruckt unter der Adresse:
www.tagesschau.de/inland/ddr-buergerrechtler-brief-101.html